

ZEITSCHRIFT FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESENTWICKLUNG

Neues Archiv für Niedersachsen

75 Jahre Niedersachsen

II | 2021



Die britische Pressepolitik in der Gründungsphase des Landes Niedersachsen

Stefan Matysiak

Als im November 1946 im Zuge der territorialen Neuordnung Nordwestdeutschlands das Land Niedersachsen entstand, hatte das regionale Pressewesen bereits zwei Umbauphasen hinter sich, wobei der erste Eingriff schon im April 1945 und damit lange vor der deutschen Kapitulation erfolgte. Wann immer sie neue Städte besetzten, hatten die siegreichen alliierten Truppen sofort die Kontrolle über die deutschen Verlage und Rundfunkstationen übernommen und begonnen, eine differenzierte Liste medienpolitischer Vorgaben umzusetzen.

1. Einführung

Als sie Deutschland besetzten, nahmen die westalliierten Truppen die Medien aus vier unterschiedlichen Gründen in den Blick:

Der erste Aspekt war der militärische Selbstschutz. Die Besatzungstruppen verboten alle deutschen Zeitungen und Rundfunksendungen, weil sie verhindern wollten, dass die deutschen Militärs die Medien für die Kriegsführung nutzten, etwa für den Austausch geheimer Botschaften (Matysiak 2004, S. 77f.).

Zum zweiten gerieten die deutschen Medien als Instrument der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in den Blick der Westalliierten. Zeitungen wurde die Mitschuld an Gewaltherrschaft, Krieg und Völkermord gegeben, weshalb die alliierten Besatzungsplanungen das deutsche Pressewesen radikal verändern sollten. Wer während der Naziherrschaft bei Presse und Radio gearbeitet hatte, sollte ein Berufsverbot bekommen. Zudem wollten die Sieger beim Neuaufbau der deutschen Presse die journalistischen Werte und Normen ändern. Die neue deutsche Presse sollte nicht mehr nationalsozialistische Parteilichkeit beweisen, sondern neutral und wahrheitsgetreu berichten (Kutsch 1988, S. 54).

Zum dritten nahmen die angloamerikanischen Besatzungstruppen die Medien in den Blick, weil sie Presse und Radio für die geistige Erneuerung Deutschlands nutzen

wollten. Der jahrelangen nationalsozialistischen Indoktrination sollte eine neue Agenda entgegengesetzt und die Bevölkerung umerzogen werden („re-education“). (Anonymus 1945a).

Zum vierten gerieten die Medien in den Fokus der Besatzungstruppen, weil sie dabei helfen sollten, den Besatzungsalltag zu organisieren und den Wiederaufbau des öffentlichen Lebens einzuleiten. Die Presse sollte die Befehle der Militärregierungen drucken und die Aufhebung der alten NS-Gesetze bekannt geben. Die Leserschaft musste über die Gültigkeit von Lebensmittelmarken und die Dauer der Ausgangssperren informiert sowie der Aufbauwille gefördert werden (Matysiak 2002a, S. 235).

Um diese Medienpläne zu realisieren, hatten sich die angloamerikanischen Besatzungstruppen eine dreiphasige Pressepolitik überlegt, deren erste Phase, der Blackout der Medien, bereits unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen begann. (Tab. 1).

Phase 1	Blackout	Schließung aller deutschen Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk, Theater etc.
Phase 2	Heeresgruppenzeitungen	Herausgabe von deutschsprachigen Zeitungen durch alliiertes Militär
Phase 3	Lizenzpresse	Lizensierung von Zeitungen, die von deutschen Redakteuren und Verlegern verantwortet wurden

Tab. 1: Die 3 Phasen der westalliierten Pressepolitik.

In der zweiten Phase ihrer Pressepolitik wollten die Alliierten deutschsprachige Nachrichtenblätter verteilen, die nach ihren Herausgebern den Sammelnamen „Heeresgruppenzeitungen“ tragen und die die Bevölkerung kurz und knapp über die wesentlichen Ereignisse informieren sollte.

In der dritten Phase der Neuordnung der deutschen Presse wollten die britischen Besatzungstruppen ihre Heeresgruppenblätter durch Zeitungen ersetzen, bei denen Deutsche erstmals wieder die verlegerische und redaktionelle Verantwortung tragen durften. Zur Zeit der Gründung des Landes Niedersachsen im November 1946 war die zweite Phase der britischen Pressepolitik gerade beendet worden, die Phase der Gründung der Lizenzzeitungen war in vollem Gange.

2. Der Blackout

Da sie jeglichen deutschen Informationsfluss unterbinden wollten, der dem Gegner hätte Vorteile bieten können, schlossen die angloamerikanischen Truppen bei ihrem Einmarsch jede Zeitungsdruckerei, derer sie habhaft werden konnten. Die Militärs

wollten verhindern, dass die nationalsozialistischen Zeitungen benutzt würden, um in den eroberten Gebieten den deutschen Widerstand am Leben zu erhalten, neu anzustacheln oder Gerüchte zu streuen. Die deutsche Führung hatte den Einsatz sogenannte „Werwölfe“ angekündigt, die hinter der Front Anschläge durchführen sollten. Der Blackout sollte verhindern, dass die Guerillaaktionen mit Hilfe von Medien koordiniert werden (Matysiak 2004, S. 78).

Der öffentliche Blackout war sehr weitgehend und erfasste nicht nur die Presse, sondern jede Form der deutschen öffentlichen Kommunikation: „Vorbehaltlich anderer Anordnungen oder sonstiger Ermächtigungen durch die Militärregierung wird folgendes verboten: Das Drucken, Erzeugen, Veröffentlichen, Vertreiben, Verkaufen und gewerbliche Verleihen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikalien und sonstigen gedruckten oder (mechanisch) vervielfältigten Veröffentlichungen, von Schallplatten und sonstigen Tonaufnahmen und Lichtspielfilmen jeder Art [...]“ (Military Government – Germany 1945).

Die Schließung der traditionellen deutschen Presse wurde allerdings im Besatzungsgebiet der 21. britischen Heeresgruppe nicht konsequent umgesetzt. Zwischen April und Juni lassen sich für das Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen mindestens elf alteingesessene Zeitungen nachweisen, die nach dem westalliierten Einmarsch sofort oder nach einer kurzen Pause wieder erscheinen durften (Tab. 2).

Zeitungsname	Erscheinungsdauer unter alliierter Besatzung
Osteroder Kreis-Anzeiger	14. April (?) bis 26. Mai 1945
Celle'sche Zeitung	15. April bis 22. Juni 1945
Deister- und Weserzeitung (Hameln)	18. April bis 20. Juni 1945
Berdener Anzeigenblatt	19. April (?) bis 27. Juni 1945
Wilhelmshavener Kurier	6. bis 14. Mai 1945
Ostfriesischer Kurier (Norden)	8. bis 25. Mai 1945
Butjadinger Zeitung (Nordenham)	10. bis 14. Mai 1945
Jeversches Wochenblatt	14. Mai 1945
Schaumburger Zeitung (Rinteln)	26. Mai bis 19. Juni (?) 1945
Wittlinger Zeitung	6. Juni bis (?) 1945
Bremervörder Zeitung	22. Juni 1945

Tab. 2: Nach der westalliierten Eroberung trotz Blackoutgebots weiter erschienene traditionelle deutsche Zeitungen (eigene Zusammenstellung).



Abb. 1: Zeitungskopf des NS-Blattes Wilhelmshavener Kurier (Repro: Matysiak).

Bislang fehlt ein Überblick über die Gesamtzahl der weiter erschienenen traditionellen deutschen Zeitungen. Klar ist jedoch, dass sie zumeist auf die individuellen Entscheidungen lokaler britischer Militärbefehlshaber zurückgingen, die die deutschen Traditionsblätter nutzten, um sich den Besatzungsalltag zu erleichtern. So erläuterte beispielsweise die Schaumburger Zeitung, dass sie „die wichtigsten inzwischen erlassenen Gesetze und Verordnungen der Militärregierung und die amtlichen Bekanntmachungen der Verwaltungsbehörden des Kreises veröffentlichen“ werde (Verlag C. Bösendahl jun. 1945).

Dass die lokalen Militärregierungen bei der Herausgabe der Zeitungen nicht nur nach offiziellen Anweisungen, sondern auch nach subjektiven Maßstäben handelten, zeigt die Geschichte des Wilhelmshavener Kuriers (Tab. 2). Hier genehmigte die lokale britische Besatzungsverwaltung sogar das Weitererscheinen einer Zeitung, die kurz zuvor noch ein Hakenkreuz im Zeitungskopf geführt hatte (Abb. 1). Diese seit ihrer Gründung im Jahre 1931 „ausgesprochen nationalsozialistische Zeitung“ (Scholl 1986, S. 288) wurde in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai 1945 ungeachtet ihrer belasteten Geschichte kurzerhand in ein britisches Informationsblatt umgewandelt (Scholl 1986, S. 288).

3. Heeresgruppenpresse in Niedersachsen

Die erste Zeitung, die die 21. britische Heeresgruppe im gesamten von ihr besetzten Nord- und Westdeutschland zum Start der zweiten Phase ihrer medienpolitischen Planungen herausgab, trugen den schlichten Namen Die Mitteilungen. Das „Alliierte Nachrichtenblatt der 21. Heeresgruppe für die deutsche Zivilbevölkerung“ (Untertitel) enthielt vor allem nationale und internationale Meldungen und Berichte. Die Leserschaft sollte auf diese Weise über die wesentlichen militärischen und politischen Ereignisse informiert werden.

Die Mitteilungen waren nicht dafür gedacht, eine kontinuierliche Berichterstattung zu bieten. Große Teile der deutschen Bevölkerung bekamen die Zeitung nur sporadisch. Zudem war die Zahl der verteilten Heeresgruppenblätter knapp bemessen. So

bekamen die 76 000 in Celle wohnenden Einwohner und Flüchtlinge (Maehnert 2010) nach dem britischen Einmarsch lediglich 3.000 Exemplare der Mitteilungen ausgehändigt (14 Amplifier Unit and 19 Leaflet Unit 1945) – rein rechnerisch mussten sich 25 Einwohner eine Zeitung teilen. In Neustadt am Rübenberge kam auf 53 Leser eine Zeitung.

Problematisch waren die Mitteilungen auch, weil sie als überregionale Zeitung schlecht auf die regionalen Bedürfnisse eingehen konnten. Das Berichtsgebiet umfasste den gesamten nordwestdeutschen Raum, so dass für lokale Themen kein Platz war. Wegen dieses Defizits stellte die 21. britisch-kanadische Heeresgruppe das Blatt Ende Mai 1945 ein und begann, ersatzweise regionale Zeitungen herauszugeben.

Bevor jedoch auf regionaler Ebene Zeitungen produziert werden konnten, mussten dort zunächst ausreichend stabile Besatzungsstrukturen geschaffen werden. Das Oberkommando der 21. Heeresgruppe übertrug dazu die Verwaltung der britischen Besatzungszone vier Provinzialmilitärregierungen, die in Nienburg, Kiel, Münster und Düsseldorf saßen und die auch für die Presse verantwortlich waren. Der allergrößte Teil des späteren Bundeslandes Niedersachsen, nämlich die Provinz Hannover und die Länder Braunschweig und Oldenburg, wurde vom 30. Korps verwaltet, das sein Hauptquartier in Nienburg hatte. Nicht unter dem Kommando des 30. Korps stand das Land Schumburg-Lippe, für das das in Münster stationierte 1. Korps zuständig war (Schneider 1982, S. 83) und das erst nach einem knappen Jahr Zugehörigkeit zum Militärregierungsdistrikt Westfalen dem Oberpräsidenten von Hannover unterstellt wurde. (Gruninger 2020, S. 321)

Diese vier Provinzialmilitärregierungen gaben nach dem Ende der Mitteilungen im gesamten britischen Besatzungsgebiet insgesamt 19 unterschiedliche regionale Heeresgruppenzeitungen heraus (Tab. 3).

Heeresgruppenzeitung	Auflage Ende Oktober 1945	Erscheinungszeitraum	
		Von	Bis
Hamburger Nachrichtenblatt	108 100	9. Mai 45	28. März 46
Lübecker Nachrichtenblatt	47 500	10. Mai 45	28. März 46
Flensburger Nachrichtenblatt	12 500	11. Mai 45	28. März 46
Neue Westfälische Zeitung (Bielefeld/Oelde)	1 000 000	19. Mai 45	30. Juli 46
Neuer Hannoverscher Kurier	433 000	29. Mai 45	16. Juli 46
Nordwest-Nachrichten (Oldenburg) ¹	301 000	2. Juni 45	24. April 46
Hannoversches Nachrichtenblatt	22 500	2. Juni 45	31. Mai 46

Heeresgruppenzeitung	Auflage Ende Oktober 1945	Erscheinungszeitraum	
		Von	Bis
Neues Oldenburger Tageblatt	40 100	2. Juni 45	31. Mai 46
Kieler Nachrichtenblatt	17 500	4. Juni 45	30. März 46
Neue Hamburger Presse	402 500	9. Juni 45	30. März 46
Kölnischer Kurier	370 000	23. Juni 45 ²	26. Februar 46
Ruhr Zeitung (Essen/Dortmund)	500 000	23. Juni 45 ³	27. Februar 46
Neue Rheinische Zeitung (Düsseldorf)	520 000	18. Juli 45	27. Februar 46
Lübecker Post	156 000	25. Juli 45	30. März 46
Kieler Kurier	210 000	25. Juli 45	30. Juni 46
Der Berliner	300 000	2. August 45	1. Mai 46
Lüneburger Post	178 900	6. August 45	11. Januar 46
Norddeutsche Zeitung (Hamburg) ⁴	?	14. September 45	20. September 45
Braunschweiger Neue Presse	150 500	12. Oktober 45	7. Januar 46
Osnabrücker Rundschau ⁵	(120 000)	1. März 46	15. September 46

Tabelle 3: Lokale Heeresgruppenpresse im britischen Besatzungsgebiet 1945/46 (eigene Zusammenstellung).

Während die Gründung des Hannoverschen, Kieler, Lübecker und Flensburger Nachrichtenblattes, die für die von den Briten internierten Wehrmachtssoldaten und nicht für die Zivilbevölkerung bestimmt waren (Anonymus 1945c), sehr rasch erfolgte, zog sich der Aufbau der anderen lokalen Heeresgruppenzeitungen von Mai bis August 1945 und in einem Einzelfall sogar bis März 1946 hin (Tab. 3). Grund waren die Kriegsfolgen. Auf seiner Suche nach intakten Zeitungsverlagen fand der US-Propagandaoffizier Hans Habe „die meisten Druckereien [...] zerstört oder [...] in einem jämmerlichen Zustand, die Papierreserven waren erschöpft, die Papierfabriken ausgebombt oder geschlossen, Druckereidirektoren, Maschinensetzer, Faktoren und Metteure waren gefallen, geflohen, verschwunden oder gefangen“⁶ (Habe 1977, S. 61).

Die lokalen Heeresgruppenzeitungen waren eine deutsch-britische Koproduktion. Sie wurden von den Besatzungstruppen initiiert und herausgegeben, in die redaktionelle Arbeit wurden aber unbelastete deutsche Journalisten eingebunden. Die Redakteure wurden von den britischen Presseoffizieren angeleitet, geschult und kon-

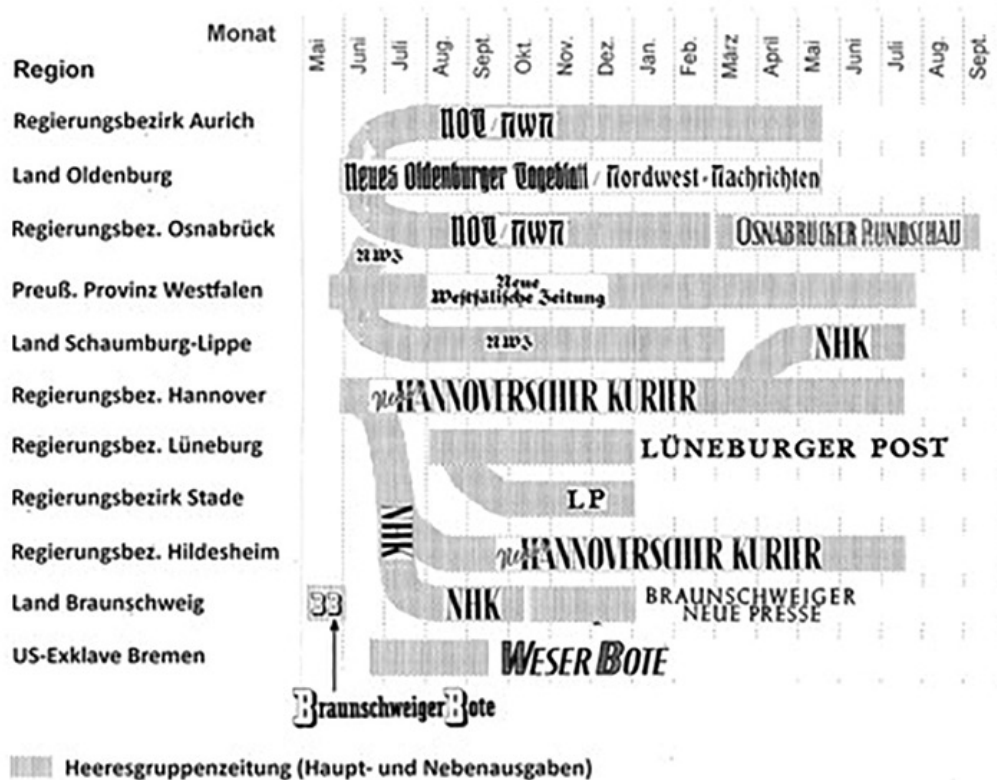


Abb. 2: Stammbaum der regionalen Heeresgruppenpresse in Nordwestdeutschland Mai 1945 bis September 1946 nach Ländern und Regierungsbezirken (eigene Zusammenstellung/Darstellung).

trolliert. Das deutsche Personal sollte damit auf die dritte pressepolitische Phase vorbereitet werden, nämlich eine unabhängige deutsche Presse zu verantworten (Kutsch 1988, S. 51 f.).

Die erste regionale Heeresgruppenzeitung, die auf dem Gebiet des späteren Landes Niedersachsen erschien, war der Braunschweiger Bote (Abb. 2). Die Landeshauptstadt Braunschweig war am 12. April nicht von der 21. britisch-kanadischen, sondern von der 12. amerikanischen Heeresgruppe befreit worden, die bereits am 4. Mai die erste Nummer des Boten herausgab. Als die britischen Truppen am 5. Juni die Besatzungsverwaltung von Braunschweig übernahmen, wurde das Blatt jedoch wegen des im britischen Machtbereich herrschenden Papiermangels eingestellt (Matz 1969, S. 145 f.).

Die britischen Truppen begannen erst Ende Mai/Anfang Juni mit der Herausgabe der ersten regionalen Zeitungen. In der Landeshauptstadt Hannover erschien am 29. Mai 1945 als erstes regionales britisches Heeresgruppenblatt der Neue Hannoversche Kurier (NHK), am 2. Juni folgten das Hannoversche Nachrichtenblatt sowie in Oldenburg die Nordwest-Nachrichten und das Neue Oldenburger Tageblatt. Der

Neue Hannoversche Kurier hatte zunächst ein riesiges Berichtsgebiet, das den gesamten Osten des späteren Landes Niedersachsen umfasste, die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Stade sowie das Land Braunschweig (Anonymus 1945c). Dieses Gebiet war derartig groß, dass die Leser in der Zeitung kaum die für sie relevanten regionalen oder gar lokalen Informationen bekamen. Um die regionale Berichterstattung zu fördern, gaben die britischen Presseoffiziere ab dem 6. August 1945 für die Regierungsbezirke Lüneburg und Stade die Lüneburger Post heraus. Im Land Braunschweig folgte am 12. Oktober 1945 die Ausgründung der Braunschweiger Neuen Presse (Abb. 2).

Die oldenburgischen Zeitungen Nordwest-Nachrichten und Neues Oldenburger Tageblatt gelangten in den kompletten Westen des späteren Landes Niedersachsen, wozu nicht nur der Freistaat selbst, sondern auch die hannoverschen Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück gehörten (Anonymus 1945c). Die oldenburgischen Zeitungen wurden Mitte Juli 1945 in die vier Teilausgaben Oldenburg/Wilhelmshaven, Ostfriesland, Osnabrück und Emsland zerlegt (Anonymus 1945b; Barton 1958, S. 57). Als letztes nordwestdeutsches Heeresgruppenblatt wurde die Osnabrücker Rundschau gegründet. Da zunächst die im Krieg zerstörte Druckerei wieder aufgebaut werden musste, startete die Zeitung erst am 1. März 1946 (Müller-Detert 1990, S. 179).

In den Randbereichen des späteren Landes Niedersachsen erschien zudem ab dem 19. Mai 1945 die im britischen Verwaltungsgebiet Westfalen produzierte Neue Westfälische Zeitung (Abb. 2). Das Blatt wurde auch im Land Schaumburg-Lippe verkauft, das erst am 30. April 1946 zum Verwaltungsbezirk Hannover wechselte und anschließend mit dem Neuen Hannoverschen Kurier versorgt wurde (Zeitschriften-Datenbank ohne Jahr). Die Neue Westfälische Zeitung wurde kurzzeitig zudem vom 26. Mai bis zum 8. Juni auch im Raum Osnabrück vertrieben, dann aber durch die Oldenburger Zeitungen ersetzt (Müller-Detert 1990, S. 135f.).

Relevant für die Pressegeschichte des heutigen Bundeslandes Niedersachsens war zudem der in Bremen ab dem 23. Juni erschienene Weser-Bote, laut Untertitel ein „alliiertes Nachrichtenblatt für die deutsche Zivilbevölkerung der Enklave Bremen“. Die Hansestadt gehörte wie kurzzeitig auch die Unterweserlandkreise Wesermünde, Osterholz und Wesermarsch zum US-amerikanischen Besatzungsgebiet. Für diese Gebiete erschien der Weser-Bote in einer besonderen Landausgabe.

Ab dem Winter 1945 schafften es die Militärregierungen schließlich, ihre Regionalzeitungen in Nebenausgaben zu unterteilen, deren Berichtsgebiet nur noch wenige Landkreise umfasste. Die Lüneburger Post erschien etwa mit besonderen lokalen Wechelseiten für die Kreise Dannenberg, Lüneburg, Harburg, Uelzen, Gifhorn sowie für Rotenburg-Stade (Anonymus 1945), die Osnabrücker Rundschau bekam zwei unterschiedliche Lokalausgaben für das Emsland (Adreßbuch-Redaktion 1947, S. 259). Dank der Lokalausgaben konnte die Bevölkerung endlich die sie direkt betreffenden

Ereignisse verfolgen, etwa dass sich in Uelzen der Wasserverbrauch gegenüber 1944 deutlich erhöht hatte. Und die Leser der Göttinger Lokalausgabe erfuhren erstmals das Neueste aus den Ratssitzungen (Matysiak 2018, S. 119).

Die britischen Heeresgruppenzeitungen standen ganz im Zeichen des Wiederaufbaus. Mit einer breiten Verwendung von Begriffen wie „Aufbau“, „Wiedereröffnung“ oder „Wiederbeginn“ sollten der Bevölkerung die bereits erfolgten Verbesserungen des öffentlichen Lebens vor Augen geführt werden. Der britische Oberbefehlshaber Montgomery: „Ich werde weiterhin dafür sorgen, daß Sie durch Rundfunk und Zeitungen unterrichtet werden, welche Fortschritte wir machen“ (Montgomery 1945). Diese Fortschritte waren beispielsweise die Wiederinbetriebnahme von Bahnlagen, der Produktionsstart von Fabriken oder der Wiederaufbau der Energienetze (Matysiak 2002b, S. 244 ff.).

Angesichts der Mutlosigkeit und Passivität, die die Kriegsniederlage in vielen Köpfen hinterlassen hatte, musste die Besatzungsmacht die Bevölkerung zum Ärmelaufkriecheln und Anpacken motivieren. Zeitungen und der Rundfunk sollten den Aufbauwillen stärken. Ein großer Teil der Deutschen glaubte im Sommer 1945, dass ein wirtschaftlicher Neubeginn überhaupt keinen Sinn mehr mache (Habe 1977, S. 84).

Die Stabilisierung der im Zuge der Kriegshandlungen zusammengebrochenen Nahrungsmittelversorgung war besonders wichtig. Das besiegte Deutschland musste sich selbst versorgen, denn der Krieg hatte die Landwirtschaft in ganz Europa in Mitleidenschaft gezogen, weshalb keine Nahrungsmittel importiert werden konnten. Die Bevölkerung hungerte.

Die Aufbaupropaganda der britischen Militärblätter passte nicht zur gedrückten inneren Verfassung der Leserschaft, sondern sollte eine positive Stimmung erzeugen. Die wirklichen Probleme der Bevölkerung spiegelten sich in der Presse immer nur indirekt wider, was zu einer geringen Akzeptanz führte: „Die Zeitungen werden nicht sehr geschätzt, weil sie sich zu wenig mit den wirklichen Nöten und Sorgen der Bevölkerung befassen“ (Landrat des Kreises Wolfenbüttel 1945).

Die britischen Heeresgruppenzeitungen enthielten zwar für die Leserschaft wichtige Informationen, sie waren aber auch ein Quell von Zumutungen. So übernahm die Heeresgruppenpresse in der zweiten Jahreshälfte als publizistische Aufgabe verstärkt die Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Alliierten wollten der deutschen Bevölkerung eine „Schocktherapie“ (Cramer 2011, S. 87) verpassen und „durch Konfrontation mit dem Grauen Reue bzw. ein Bewusstsein kollektiver Verantwortlichkeit [...] erzeugen“ (Cramer 2011, S. 85). Die Heeresgruppenzeitungen sollten dafür sorgen, dass „(1) die Einsicht in die kollektive Verantwortung für die Verbrechen Deutschlands wachgerufen wird und (2) Tatsachen bereit gestellt werden, welche geeignet sind, die fatalen Folgen der Nazi- und Militaristenherrschaft sowie dessen deutsches Einverständnis (zu) entlarven“ (PWD/SHAEF 1945).



Abb. 3: Fritz Schroeter, „In der Bauernstube“ (1946). (Repro: Matysiak).

Um über die deutschen Verbrechen aufzuklären, wurde die Bevölkerung zunächst auf Fotowänden und per Film mit dem KZ-Schrecken konfrontiert. Die britische Heeresgruppenpresse stieg in die Schocktherapie ein, als am 17. September 1945 in Lüneburg der Bergen-Belsen-Prozess begann. Die Zeitungen berichteten detailliert und in großer Aufmachung über Details aus den Konzentrationslagern oder über die von Wehrmacht und SS begangenen Verbrechen. In der Presse der Alliierten erschienen Fotos von ausgemergelten KZ-Häftlingen, von zu Bergen aufgestapelten Leichen und offenen Massengräbern (Brink 1997, S. 196). Diese Berichterstattung verstärkte sich, als am 20. November in Nürnberg der NS-Hauptkriegsverbrecherprozess begann (Kastner 2001, S. 65 ff.).

Bei vielen Deutschen führten solche Berichte zu einem starken Abwehrverhalten. Die deutsche Bevölkerung war es schnell „müde [...], ständig von ihren Verbrechen zu hören“ (Koszyk 1986, S. 132), und lehnte es ab, „sich mit der Frage individueller und/oder kollektiver Schuld auseinander[zusetzen]“ (Cramer 2011, S. 85).

Wie unangenehm es für die deutsche Bevölkerung war, von der Presse mit den grausamen Wahrheiten konfrontiert zu werden, illustriert ein Gemälde aus dem Jahr 1946, das den Titel „In der Bauernstube“ trägt. In der Bauernstube befinden sich drei Menschen, vermutlich eine Familie: in der Mitte ein alter Mann, der sich auf einen Gehstock stützt, links – an ein Küchenmöbel gelehnt – eine alte Frau, wohl seine Gattin, und rechts der Sohn, eine Zeitung in der Hand (Abb. 3).

Die in Öl gemalte Szene zeigt offenbar eine Lesepause. Alle drei Figuren hängen ihren Gedanken nach, wobei die Gesichter negativ berührt wirken: Der Sohn schaut schweigend in die Zeitung. Seine in Falten liegende Stirn drückt deutlich die Missbilli-

gung der Zeitungsinhalte aus. Der Vater starrt gedankenverloren vor sich in die Leere. Und auch die Gedanken der Mutter scheinen irgendwo in die Ferne zu schweifen. Die Zeitung wird hier als Quelle extrem negativer Emotionen gemalt.

Dass sich die britischen Heeresgruppenzeitungen negativ auf den Gefühlshaushalt der Leserschaft auswirkten, räumte an ihrem letzten Erscheinungstag am 11. Januar 1946 auch die Lüneburger Post ein: „Der Abschied dürfte nicht schwer fallen. Eine Zeitung, die neben Erwünschtem, alltäglich Nutzbarem, Unterhaltbarem auch soviel Bitteres zu sagen hatte, konnte nicht mit allseitiger Zustimmung rechnen, obwohl es auch an Zustimmung nicht gefehlt hat“ (Anonymus 1946).

4. Lizenzzeitungen

Die dritte Phase der britischen Pressepolitik sah die Genehmigung von Zeitungen vor, bei denen Deutsche die verlegerische und redaktionelle Verantwortung trugen. Doch die Umsetzung dieser Pläne zog sich hin. Zwar wollte man „so bald wie möglich zugelassene Deutsche sehen, die ihre eigenen Zeitungen verlegen und herausgeben“, kündigte Mitte August der Chef der britischen Informationskontrolle, Bishop, an, „aber der Prozeß, geeignete Kandidaten für die Zulassung zu finden, wird sich wohl nur schrittweise vollziehen“ (Bishop 1945). Es mangelte an geeigneten Bewerbern. „Offenbar gab es nach zwölf Jahren Nationalsozialismus nicht viele qualifizierte Leute, die herumsaßen, unbelastet waren, und gleichzeitig eine aktive Neigung für die demokratischen Werte zeigten“ (Koszyk 1986, S. 131).

Auch ein Wandel in den pressepolitischen Vorstellungen verzögerte die Vergabe von Zeitungslizenzen. Die britischen Militärbehörden wollten die neuen deutschen Zeitungen zunächst – wie auch die US-Truppen – jeweils an eine politisch breit aufgestellte Gruppe von Lizenznehmern übergeben. Die politische Vielfalt dieser „Gruppenzeitungen“ sollte Meinungsmonopole verhindern und eine politisch ausgewogene Berichterstattung garantieren (Koszyk 1986, S. 55f.). Die Lizenzierung einer politisch unabhängigen überparteilichen Presse geriet jedoch ins Stocken, als die Labour Party im Juli 1945 bei den britischen Unterhauswahlen die konservative Regierung von Kriegspremier Winston Churchill ablöste. Die neue Regierung wollte nur noch parteinahe Zeitungen erlauben. Zwar genehmigte die britische Militärregierung nach langer Prüfung noch die parteiunabhängige Braunschweiger Zeitung (ab dem 8. Januar 1946), die Lüneburger Landeszeitung (ab 15. Januar 1945) und die Nordwest-Zeitung (ab 26. April 1946), anschließend kamen jedoch nur noch parteinahe Herausgeber in Frage.

In dem dreiviertel Jahr zwischen Juli 1946 und April 1947 erschienen in Niedersachsen sieben parteinahe Zeitungen, davon jeweils zwei von CDU und SPD sowie eine von der FDP, KPD und der rechtskonservativen Deutschen Partei (Tab. 4). Der

nun favorisierte Zeitungstyp sollte sich an der Grundrichtung einer politischen Partei orientieren, ohne jedoch in deren Abhängigkeit zu geraten. Die Lizenzen gingen nicht direkt an die Partei, sondern an parteinahe Persönlichkeiten.

Partei	Zeitung	Erscheinungsort (niedersächsisches Erscheinungsgebiet)	Erscheinungszeitraum
CDU			
	HANNOVERSCHE NEUESTE NACHRICHTEN	Hannover	3.7.1946 – 23.8.1949
	Neues Tageblatt	Osnabrück	17.9.1946 – 30.9.1967
	HAMBURGER ALLGEMEINE	Hamburg (auch für Lüneburg und Stade)	2.4.1946 – 26.3.1950
Deutsche Partei (DP)			
	Deutsche Volkszeitung	Celle	25.3.1947 – 23.8.1949
	NIEDERDEUTSCHE ZEITUNG	Hamburg (auch für Lüneburg und Stade)	10.2.1947 – 30.12.1950
CDU & DP			
	Hannoversche Allgemeine	Hannover	seit 25.8.1949
SPD			
	HAMBURGER ECHO	Hamburg (auch für Lüneburg und Stade)	3.4.1946 – 30.12.1966
	Hannoversche Presse	Hannover	19.7.1946 – 21.4.1971
	<i>Nordwestdeutsche</i> RUNDSCHAU	Wilhelmshaven	1.4.1947 – 30.9.1960
FDP			
	HAMBURGER FREIE PRESSE	Hamburg (auch für Lüneburg und Niederelbe)	3.4.1946 – 12.9.1952
	ABENDPOST	Hannover	6.2.1947 – 3.3.1949
KPD			
	NIEDERSÄCHSISCHE Volksstimme	Hannover	16.8.1946 – 11.11.1949
Zentrum			
	Niedersächsischer Kurier	Osnabrück	3.1.1948 – 31.12.1949
Überparteilich/unabhängig			
	<i>HESSENSCHE</i> Nachrichten	Kassel (auch für Hann. Münden)	5.9.1945 – 27.4.1959
	WESER  KURIER	Bremen (auch für Wesermarsch und Osterholz-Scharmbeck)	seit 19.9.1945
	BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG	Braunschweig	seit 8.1.1946
	LÜNEBURGER LANDESZEITUNG	Lüneburg	seit 15.1.1946
	Nordwest-Zeitung	Oldenburg	seit 26.4.1946
	KASSELER ZEITUNG	Kassel (auch für Hann. Münden)	29.11.1946 – 27.4.1959
	Norddeutsche Zeitung	Hannover	1.5.1948 – 25.10.1957

Tab. 4: In Nordwestdeutschland genehmigte Lizenzzeitungen (1945 bis 1949) (eigene Zusammenstellung).

Mit der Genehmigung der parteinahen Zeitungen wollte die britische Besatzungsmacht die politische Meinungsbildung fördern. Die Deutschen sollten lernen, sich auf der Grundlage mehrerer politisch unterschiedlich gefärbter Zeitungen eine eigene Meinung zu bilden (Liedtke 1982, S. 191 ff.). Überparteiliche Zeitungen sollten le-

diglich dort erscheinen, wo die Bevölkerungsdichte zu gering war, um mehreren Blättern eine wirtschaftlich tragfähige Grundlage zu sichern.

Diese Zeitungen druckten eine unterschiedliche Anzahl von Lokalausgaben, im Falle der sozialdemokratischen Hannoverschen Presse (Stamm 1949, S. 61) und der konservativen Deutschen Volkszeitung (Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Bibliothek Hannover ohne Jahr) mehr als zwanzig.

Die Bevölkerung wurde jedoch nicht nur mit Zeitungen versorgt, die aus Niedersachsen kamen, sondern auch aus den Nachbarländern Hamburg, Bremen und Hessen. Vor allem Hamburger Verlage hatten eine große Bedeutung für die mediale Versorgung Niedersachsens. Bis auf die KPD und die katholische Zentrumspartei nutzten alle Parteien ihre in Hamburg lizenzierten Zeitungen, um Bezirksausgaben für das Lüneburger und Stader Umland zu produzieren.

Frei war die neue deutsche Presse nicht. Die Lizenz konnte jederzeit entzogen werden, so dass die Verleger und Chefredakteure darauf angewiesen waren, sich das Wohlwollen der Militärregierung zu sichern. Anfangs herrschte eine Vorzensur, und auch nach deren Ende herrschte keine Pressefreiheit (Kutsch 1988, S. 55).

Wie die Heeresgruppenzeitungen stieß auch die parteinahe Presse auf wenig Zustimmung. Bei Umfragen, die 1946 in der gesamten britischen Zone und 1947 in Niedersachsen durchgeführt wurden, sprachen sich mehr als drei Viertel der Befragten gegen Parteizeitungen aus (Koszyk 1986, S. 164).

Die britischen Militärs klagten darüber, dass die Lizenzzeitungen die Schuld an dem schlechten Image trügen, unter dem die Besatzungsverwaltung damals litt. Die Presse vermittelte der Bevölkerung den Eindruck, dass die Besatzer die Verantwortung für den allseits herrschenden Hunger trugen. Diese Vorwürfe seien jedoch nicht gerechtfertigt, so die Presseoffiziere der britischen Public Relations/Information Services Control Group. Die deutschen Lizenzzeitungen hatten „ihren Lesern weder die Schwierigkeiten der Militärregierung ausreichend dargestellt noch ihnen klar gemacht [...], daß auch das britische Volk unter den Folgen des von Deutschland begonnenen Krieges litt“ (Kutsch 1988, S. 63).

Auf drastische Weise zeigt sich die deutsche Kritik an der britischen Besatzungsmacht in dem Gemälde „Vor und hinter den Hausmauern“ von Fritz Schirmmacher, in dem explizit auf die Inhalte der Lizenzpresse verwiesen wird. Das 1946 entstandene Werk zeigt die Sicht auf eine kriegsversehrte Hauswand. Die kaputte Mauer gibt den Blick in einen dunklen Raum frei („hinter der Mauer“), in dem ein junger Mann tot an der Decke baumelt (Abb. 4).

An die Fassade der zerbrochenen Mauer („vor der Mauer“) hat Schirmmacher einige Zeitungsausschnitte collagiert, die von der seinerzeit herrschenden Versorgungskrise künden. Der Nahrungsmittelmangel wird dabei auf den Zeitungsschnipseln zum zentralen „Thema des Tages“ erklärt und zwar in Form der „Legende vom Fett, Fisch, Gemüse“.

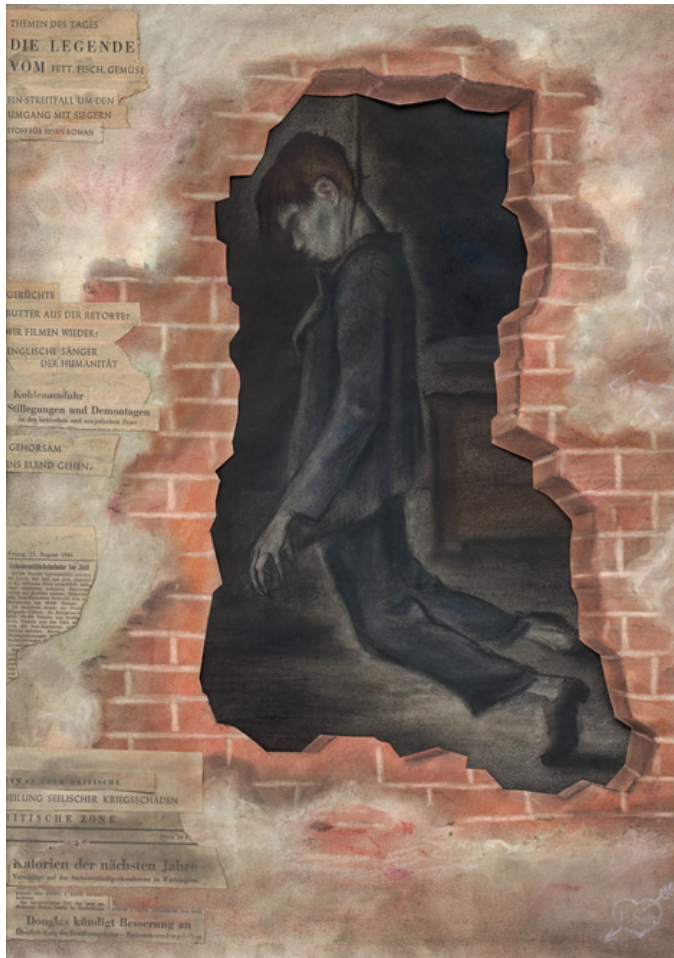


Abb. 4: Fritz Schirmacher, „Vor und hinter den Hausmauern“ (1946). (Foto: Galerie Bas-senge, Berlin).

Einer der in das Bild geklebten Zeitungsausschnitte beklagt zudem, dass eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung nicht zu erwarten sei. Der Maler verwendete für die Collage zwar die positiv klingende Artikelüberschrift, der britische Oberbefehlshaber Sholto „Douglas kündigt Besserung an“, die Überschrift enthält aber auch die für die deutsche Bevölkerung unangenehme Information, die „Rationen werden gehalten“ – ohne Vergrößerung der Lebensmittelrationen kann der Hunger jedoch nicht besiegt werden. Der aufgeklebte Begriff „Kohleausfuhr“ weist zudem darauf hin, dass es in Deutschland wegen der alliierten Exporte an Brennstoff fehlt. Die zusätzlich ergänzte Überschrift „Stilllegungen und Demontagen“ verstärkt die Aussage, dass die Deutschen nicht versorgt, sondern ausgeplündert werden.

Ein weiterer ins Bild montierter Zeitungsschnipsel enthält den Vorwurf fehlender Menschlichkeit. Die britischen Besatzer würden den Begriff lediglich im Munde führen, weshalb Schirmacher die Militärs als „englische Säger der Humanität“ abqua-

lifiziert. Die Briten verlangten von den Deutschen, „gehorsam ins Elend gehen“. Mit seinem Gemälde thematisierte Fritz Schirmmacher, dass die Zeitungsnachrichten keine Hoffnung bieten konnten, sondern ein Grund für den Freitod waren.

Die Sicht der Deutschen auf die Zeitungen besserte sich erst nach dem Ende der britischen Medienpolitik. Ab dem 21. September 1949 galt in Westdeutschland die Pressefreiheit und die wegen ihrer NS-Belastung rund vier Jahre mit einem Berufsverbot belegten alteingesessenen Verleger konnten wieder Zeitungen produzieren. Die Zahl der Titel stieg deshalb in Niedersachsen von 56 im Jahr 1947 auf 182 im Jahr 1953. Mit der Traditionspresse konnte die Bevölkerung mehr anfangen als mit den unter britischer Besatzung neu gegründeten Zeitungen.

Autor

Dr. Stefan Matysiak, Kommunikationswissenschaftler, Journalist, Windausweg 20, 37073 Göttingen, E-Mail: mat@matymedia.de

Literatur

- Adreßbuch-Redaktion des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig: Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch, Handbuch der Deutschen Presse, 62. Ausgabe. Leipzig 1947.
- 14 Amplifier Unit and 19 Leaflet Unit: Monthly Report (in lieu of war diary) for month April 1945. Auszugsweise abgedruckt in: *Lee Richards: Psychological Warfare, Psychological Operations, and Information Operations*, online, *ohne Jahr psywar.org/content/14AmpUnit* (7. 1. 2021).
- Anonymus: Neue deutsche Zeitungen. Wichtige Erziehungsmittel für das deutsche Volk. In: Neuer Hannoverscher Kurier, 17. 7. 1945 (= 1945a).
- Anonymus: Die gegenwärtige Lage der Presse in Niedersachsen. Warum bekommen wir noch keine Lokalzeitungen? In: Neuer Hannoverscher Kurier, 11. 9. 1945 (= 1945b).
- Anonymus: ‚Kurier‘ und ‚Nachrichtenblatt‘. In: Neuer Hannoverscher Kurier, 23. 9. 1945 (= 1945c).
- Anonymus: Die „LP“ nimmt Abschied. Lüneburger Post, 11. 1. 1946
- Barton, Walter: Bibliographie der oldenburgischen Presse. Oldenburger Jahrbuch 57, 1958, 41–80.
- Bishop, William Henry Alexander: „Wir wollen kein neues Propagandaministerium“. Erklärung von Generalmajor Bishop über die Zukunft der deutschen Presse. In: Neuer Hannoverscher Kurier, 17. 8. 1945.
- Brink, Cornelia: „Ungläubig stehen oft Leute vor den Bildern von Leichenhaufen abgemagerter Skelette...“. KZ-Fotografien auf Plakaten. Deutschland 1945. In: Fritz Bauer Institut (Hrsg.): *Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung. Jahrbuch 1996 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust*. 2. Auflage, Frankfurt (Main)/New York 1997, 189–222.

- Cramer, John: Der erste Bergen-Belsen-Prozess 1945 und seine Rezeption durch die deutsche Öffentlichkeit. In: Osterloh, Jörg und Clemens Vollnhals (Hrsg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit: Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. Göttingen 2011, 75 – 92.
- Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Bibliothek Hannover: Deutsche Volkszeitung. Katalog der GWLB online, opac.tib.eu/DB=3/SET=4/TTL=1/CMD?ACT=SRCHA&IKT=1016&SRT=YOP&TRM=DEUTSCHE+VOLKSZEITUNG+celle+hannover (6.3.2021).
- Gruninger, Moritz: Freistaat oder Landkreis? Die schauburg-lippische Ambivalenz im Umgang mit der eigenen Souveränität. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Hannover 2020.
- Habe, Hans: Im Jahre Null. München 1977.
- Kastner, Klaus: Von den Siegern zur Rechenschaft gezogen. Die Nürnberger Prozesse. Nürnberg 2001.
- Koszyk, Kurt: Pressepolitik für Deutsche 1945 – 1949. Geschichte der deutschen Presse, Teil IV. Berlin 1986.
- Kutsch, Arnulf: Neue Zeitungen für Deutsche. Entstehung und Struktur der Lizenzpresse in Nordrhein und Westfalen (1945 – 1949). Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte 1, 1988, 46 – 67.
- Landrat des Kreises Wolfenbüttel: Schreiben an das braunschweigische Staatsministerium, 9.10.1945, zitiert nach: Schneider, Ullrich: Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung. Hannover 1984, S. 71.
- Liedtke, Rüdiger: Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945. Berlin 1982.
- Maehnert, Sabine: Celles Geschichte. Entstehung Celles und die Entwicklung des Stadtgebiets. In: Stadt Celle online, 2020, www.celle.de/media/custom/342_12880_1.PDF, o.S. (7.1.2021).
- Matysiak, Stefan: Die britischen Heeresgruppenzeitungen und die Wiedergeburt der deutschen Lokalpresse. Osnabrücker Mitteilungen 107, 2002, 234 – 251 (= 2002a).
- Matysiak, Stefan: Die Wiedergeburt der Hildesheimer Lokalpresse. Hildesheimer Jahrbuch, 74, 2002, 217 – 238 (= 2002b).
- Matysiak, Stefan: Die Entwicklung der ostdeutschen Tagespresse nach 1945 – Bruch oder Übergang? Dissertation Göttingen 2004.
- Matysiak, Stefan: Weiter so? Neu- und Wiederbeginn der Presse nach dem Krieg. In: Ders. (Hrsg.): Von braunen Wurzeln und großer Einfalt. Südniedersächsische Medien in Geschichte und Gegenwart. 3. erweiterte Auflage. Norderstedt 2018, 113 – 133.
- Matz, Elisabeth: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung 1944 – 1946. Münster 1969.
- Montgomery, Bernard Law: Der nächste Schritt. Persönliche Botschaft Montgomerys an die deutsche Bevölkerung. In: Nordwest-Nachrichten, 7.8.1945.
- Müller-Detert, Ute: Die Osnabrücker Presse in den 1940er Jahren. Pressekonzentration im Nationalsozialismus und neue Presse in der Nachkriegszeit. Magisterarbeit, Mskr. Universität Osnabrück 1990.
- PWD/SHAEF: Directive No. 1 for Propaganda Policy of Overt Allied Information Services. 22 May 1945.
- Schneider, Ullrich: Zur Deutschland- und Besatzungspolitik Großbritanniens im Rahmen der Vier-Mächte-Kontrolle Deutschlands von Kriegsende bis Herbst 1945. Militärgeschichtliche Mitteilungen 31(1), 1982, 77 – 112.
- Scholl, Lars U.: Der Marinemaler Johann Georg Siehl-Freystett. Deutsches Schiffsarchiv 9, 1986, 281 – 312.

Stamm, Willy (Hrsg.): Der Leitfaden für Presse und Werbung. Essen 1949.
Verlag C. Bösendahl jun.: An unsere Leser. In: Schaumburger Zeitung, 26. 5. 1945.
Zeitschriften-Datenbank: Neue Westfälische Zeitung: Nachrichtenblatt der alliierten Militärbehörde, Unterreihe I, Lippe und Schaumburg-Lippe. ZDB-Katalog online, <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=01737832X>.

Anmerkungen

- 1** Die ersten 6 Nummern erschienen unter dem Titel Neue Oldenburger Presse (Barton 1958, S. 57).
- 2** Am 2. April 1945 von der 12. Amerikanischen Heeresgruppe gegründet.
- 3** Am 12. Mai 1945 von der 12. Amerikanischen Heeresgruppe gegründet.
- 4** Die Zeitung erschien lediglich im September 1945; Angaben zur Auflage fehlen bislang.
- 5** Die Osnabrücker Rundschau erschien nach einem halben Jahr Vorlaufzeit erst ab dem 1. März 1946 (Müller-Detert 1990, S. 179).
- 6** Faktor: Leiter der Bleisetzerei; Metteur: Setzer, der das Layouten verantwortet.
- 7** Eigene Übersetzung.